

Kraukauer Zeitung.

Nr. 159.

Samstag den 15. Juli

1865.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kraukau 3 fl., mit Verleumdung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., rev. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen in das Blatt für die vierpaltige Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserate-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 17978.

Zu Gunsten der Abbrändler des Bezirksstättchens Brzesko, Kraukauer Kreises, sind laut der vom dortigen k. k. Bezirksamte gelieferten Nachweisungen in der Zeit vom Monate März bis 15. Juni d. J. nachfolgende milde Spenden eingegangen und auch unter die Abbrändler vertheilt worden:

k. k. Bezirksamt Lana	3 fl. 79	fr.
k. k. Statthalterei Graz	—	20
ditto	—	20
k. k. Statthalterei Wien	555	21
k. k. Bezirksamt Bruck an der Mur	3	22
Summa	562 fl. 62	fr.

Hiezu der Stand vom Ende Februar 1865 6227 fl. 81 1/2

Zusammen bis 15. Juni 1865 6790 fl. 43 1/2 fr.

Was mit dem Ausdruck des Dankes für die miltätigen Geber zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Kraukau, 11. Juli 1865.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 10. Juli d. J. dem Director der philosophischen Facultät an der Universität in Padua Abbe Ludwig Menin in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste das Komthurekreuz des Ordens allerhöchster zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 8. Juli d. J. dem Abte des Benedictiner-Stiftes zu Reemsmünster Augustin Keschlüber in Anerkennung seiner um das Unterrichtswesen und die Wissenschaft erworbenen Verdienste das Ritterkreuz des Leopold-Ordens tarfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 8. Juli d. J. dem Amtsdienere der böhmischen Statthalterei Wenzel Keschlüber bei seiner Veretzung in den Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und eifrigen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 15. Juli.

Die „N. Dr. Z.“ fällt heute über den Erbprinzen von Augustenburg her, weil dieser gewagt, an den Aufzeichnungen des Herrn v. Bismarck über die oft erwähnte Unterredung zu mäkeln. Sie schreibt: Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ sagt, der Erbprinz habe die Linie von der Gjenner Bucht nach Westen nur proponiren können im Gegensatz zu einer noch südlicheren Linie, welche von Herrn v. Bismarck damals begünstigt worden sei. Fragen wir, welche Gränzlinie denn der Minister-Präsident dem Erbprinzen vorgeschlagen habe? Die Antwort ist: Gar keine bestimmte, was auch aus der Lage der Dinge auf der Londoner Conferenz hervorgeht. Herr v. Bismarck erklärte dem Erbprinzen nur, wie wir wissen, daß Preußen die günstige Linie, welche zu erreichen sei, anstrebe. Preußen hat in der That die günstigste Linie, nämlich die Königsbau erreicht, während das Minimum, die Linie Alenrade-Löndern, unter welches Preußen unter keinen Umständen zurückgehen zu wollen erklärte; sich aus den Verhandlungen der Londoner Conferenz und dem Abbruch derselben ergibt. Der andere Punkt, welchen wir mit einigen Bemerkungen begleiten wollen, bezieht sich auf die Befreiung von Einzelheiten in der veröffentlichten Unterredung. Uebrigens beweist der in der „Elberfelder Zeitung“ veröffentlichte Brief des Herrn von Schleiden unzweifelhaft, daß die Rathgeber des Erbprinzen zur Abtretung von Nord-Schleswig im Mai 1864 bereit gewesen sind. Daß diese Bereitwilligkeit auch jetzt noch fort dauert, darüber glauben wir sehr gut unterrichtet zu sein. Vor nicht langer Zeit ist durch einen vertrauten bekannten Agenten der Augustenburger Politik einer außerdeutschen Großmacht bez. deren Vertreter die Versicherung abgegeben, daß das Augustenburger Haus auf Nord-Schleswig zu verzichten bereit sei, wenn es unter dieser Bedingung die Unterstützung der gedachten Großmacht gewinnen könne!

Waher wird, schreibt man der „N. fr. Presse“ aus Frankfurt, demnächst wieder einen Schritt in der Schleswig-Holsteinischen Sache am Bunde unternehmen, hiebei unterstützt von einigen anderen Mittelstaaten. Es handelt sich zunächst um einen Antrag, dahingehend, an Oesterreich und Preußen das Gesuchen zu stellen, über den Stand der Angelegenheit von der Einberufung der Stände in dem Bundeslande Holstein Auskunft zu erteilen. Motivirt wird der Antrag durch Verweisung auf den Art. XIII. der B. U. und derselbe, der Majorität sicher, ist nicht bloß mit Wi-

sen und Zustimmung Oesterreichs, sondern auch wie ich vernehme, Preußens vorbereitet worden. Es ist daher eine entsprechende Erklärung beider Condomini zu erwarten. Um diese plötzliche Willfährigkeit Preußens zu erklären, hebt der Correspondent hervor, daß mit Bezug auf die Erklärungen der preußischen Regierungsorgane, Preußen werde trotz der an die oberste Civilbehörde erteilten Instruction nicht eher die erforderlichen Schritte wegen Einberufung der Stände zulassen, bevor nicht der Augustenburger das Land verlassen habe, bis zur Stunde noch keine in demselben Sinne lautende officielle Kundgebung des preußischen Cabinets erfolgt sei.

Ein Wiener Correspondent der „Böh.“ schreibt: Verschiedene Blätter wissen eben jetzt von einem nahe bevorstehenden gemeinsamen österreichisch-preußischen Antrage am Bunde in der Herzogthümerfrage zu erzählen. Die Meldung wird unbedingt in das Gebiet der allerunberechtigtesten Conjectural-Politik verwiesen werden müssen. Ein solcher gemeinsamer Antrag würde vorerst eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen voraussetzen, und von dieser Verständigung ist man weiter entfernt als je, weiter von der Verständigung als — das Wort muß ausgesprochen werden — von dem Bruch.

Die Reise des Kammerherrn Duquade nach Carlsbad hatte nach den „Hamb. Nachr.“ auf Differenzen in den obshwebenden finanziellen Auseinandersetzungen Bezug. Aus guter Quelle wird mitgetheilt, daß weniger die Angelegenheiten der internationalen Commission dabei im Spiele sind, als vielmehr eine neue Differenz, auf welche man, da der Friedenstractat vermeintlich klar die Sache feststellt, nicht vorbereitet war und welche auch wol nicht von den Regierungen Preußens und Oesterreichs, von denen man vielmehr eine Schlichtung erwarten darf, ausgegangen sein dürfte.

Von allen Seiten kommen heute Dementis der Congress-Nachricht, von welcher behauptet wird, daß man in preußischen Kreisen früher um dieselbe gewußt habe, als anderwärts, wie man euphonisch die Vermuthung umschreibt, daß das Gerücht preußischen Ursprungs sei. Wenn, schreibt der Wiener Brief-Correspondent der „Schl. Z.“, das Congress-Telegramm ein „Fühler“ gewesen sein sollte, so kann ich Ihnen, nach der hiesigen Stimmung zu urtheilen nur sagen, daß das Project, wenn es wirklich wieder einmal auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, von Seiten unseres Cabinets kaum jene Opposition finden dürfte, die man von gewisser Seite demselben zumißet. In ähnlicher Weise verhält es sich mit der Anerkennung Italiens von Seiten Oesterreichs. Auch diese möchten wir für nicht unbedingt unmöglich halten, denn es gibt eine Eventualität, unter welcher wir uns die Anerkennung wohl denken könnten, nämlich die Garantierung Venetiens von Seiten Frankreichs. Es scheint, daß dieser Punkt in jüngster Zeit berührt worden ist und vielleicht liegt hierin die Ursache, weshalb man einer langen Unterredung, welche Fürst Metternich kürzlich mit Herrn Drouyn de Lhuys gehabt, hier größeres Gewicht als gewöhnlich beilegt. Auch ein zweiter Correspondent der „Schl. Zg.“ schreibt, es sei kein Geheimniß mehr, daß gerade in der neuesten Zeit zwischen Oesterreich und Frankreich Verhandlungen stattfinden, welche die Feststellung des Verhältnisses Oesterreichs zu Italien zum Gegenstande haben und vielleicht zur Anerkennung des Königreichs durch Oesterreich führen können. Trifft der Fall ein, dann würde die Congress-Idee auch in Oesterreich bessere Chancen haben und kaum mehr ernstlich bekämpft werden.

Wie ein Pariser Correspondent der „Presse“ schreibt, finden zwischen Paris und Florenz vertrauliche Pourparlers wegen Ablösung der Rechte der italienischen Fürsten von Toscana, Modena u. c. statt. Wenn diese Verhandlungen zu einem günstigen Erfolge führen, glaubt man, werde Oesterreich hierin eine Initiative Victor Emanuels erbilden und zur Anerkennung Italiens zu bewegen sein. Die Congressnachricht hat officielle Dementis in den Pariser Blättern gefunden, doch ist man in Pariser governementalen Kreisen über die günstige Aufnahme erfreut, welche die Nachricht von Seite der Börse und theilweise auch von Seite der Diplomatie gefunden.

Der Standpunct Oesterreichs in Bezug auf das Congressproject dürfte sich in folgendem präcisiren lassen: Wenn der vom französischen Herrscher projectirte Congress bewirkt soll, daß auch andere Staaten dem von Oesterreich gegebenen Beispiel der Entkennung folgen, so wird Oesterreich seine Zustimmung zu demselben nicht verweigern. Etwas Anderes wäre es aber wenn unter dem Titel der „Revi-

son der Wiener Verträge“ solchen Thatsachen die Gesamtsanction Europa's erteilt werden sollte, die nicht nur eine Verletzung dieser Verträge, sondern der staats- und völkerrechtlichen Principien überhaupt sind, wenn der Congress der Deckmantel von Combinationen sein sollte, deren Ausgangspunct absichtliche Verwechselung zwischen Mein und Dein ist, wenn der Congress sich in einen Areopag umwandeln wollte, dessen mit zufälliger Majorität gefaßten Beschlüssen unbedingt und unter Strafe der Execution Folge zu leisten wäre. Gegen eine solche Erweiterung des Congressprojectes müßten am Ende auch jene Staaten, von welchen es nun heißt, daß sie bereits ihre Zustimmung erteilt haben, die ernstesten Bedenken tragen, denn die Majoritäten lassen sich in solchen Fällen nicht nach Belieben schaffen und es müßten sich zum Beispiele dem Ausprüche des Congresses Rußland in der polnischen, Preußen in der schleswig-holsteinischen, Spanien in der „iberischen“ und England in der „irischen“ Frage so gut wie Oesterreich in der italienischen unterwerfen, wozu gegenwärtig die erwähnten Staaten auf das entschiedenste remonstriren würden.

Nach Pariser Berichten vom 13. d. ist die beabsichtigte Reduction der Armee auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Auch die Regierung von Florenz soll erklärt haben, daß die Veretzung der Truppen auf den Friedensstand unter den jetzigen Umständen unmöglich sei.

Wie aus Berlin gemeldet wird, begibt sich Herr v. Bismarck nach Biarritz zu einer Zeit, während welcher sich Kaiser Napoleon noch in Plombières aufhält. Diese Mittheilung scheint alle Conjecturen, die man an die französische Reise des preußischen Ministerpräsidenten knüpft, abzuschneiden zu sollen.

König Victor Emanuel hat nach der Frankfurter „Europe“ an den Papst ein neues Schreiben gerichtet, um Sr. Heiligkeit seinen tiefen Schmerz über die Unterbrechung der Unterhandlungen auszudrücken, zugleich aber um Pius IX. wegen der während der kurzen Abwesenheit Begezzis in der ewigen Stadt bereits gewonnenen Resultate zu danken und zu beglückwünschen.

Der König Victor Emanuel hat seitdem abermals einen wichtigen Schritt gethan zu Anknüpfung des abgerissenen Fadens. Ein angesichts der bevorstehenden Wahlen für das italienische Parlament interessantes Symptom ist, daß in Turin bei den jüngsten Gemeindevahlen drei papstfreundliche Candidaten gewählt worden sind: Comthur Begezzi, Graf von San Marino und General Sonnag.

Die Union de l'Ouest, ein gut unterrichtetes Organ der katholischen Partei, bespricht mit vieler Ruhe und Mäßigung die Suspendirung und die wahrscheinliche Wiederaufnahme der Unterhandlungen zwischen Rom und Florenz. Namentlich arbeitet Frankreich auf dieselbe wieder hin. Dabei unterläßt jedoch das Blatt nicht, ernste Zweifel in Bezug auf die Möglichkeit einer schließlichen Einigung auszudrücken, so sehr es auch dieselbe wünscht. Das Journal de Bruxelles spricht im ähnlichen Sinne. Der Monde citirt ohne weitere Zugabe von seiner Seite diese Anschauungen seiner Genesungsgenossen.

Die Anerkennung Italiens durch Spanien scheint einiger Förmlichkeiten wegen, welche noch abzumachen sind, nicht unmittelbar bevorzustehen, wie man bisher glaubte. Man liest in der „Falk“: „Verschiedene auswärtige Journale glauben schon den zukünftigen Gesandten Spaniens am Hofe von Florenz nennen zu können. Diese Voraussetzungen sind sehr verfrüht. Die auf die Anerkennung bezüglichen Unterhandlungen sind noch nicht beendet und können es auch vor einiger Zeit nicht sein, wenn wir recht berichtet sind. Sobald sie beendet sein werden, werden die beiderseitigen Regierungen die Personen, welche den beiden Höfen die üblichen Notificationen zu machen haben, auswählen. Erst nach Vollzug aller dieser Förmlichkeiten kann zwischen den zwei Cabineten von der Ernennung der gegenseitigen Vertreter die Rede sein.“

In Paris eingetroffene Berichte aus Spanien sind sehr bedenklicher Natur, wenn O'Donnell sich nicht hält. Sein Ministerium aber steht zwischen den Angriffen der Progressisten und jenen der Moderados mitten inne. Die Moderados weisen ihm vor, daß er, statt die Revolution zu bekämpfen, mit derselben pactirte, während die Progressisten sich beklagen, daß man nicht weit genug gehe und nicht genug für sie gethan habe. Die öffentliche Meinung ist für die Progressisten und die Königin hat Ursache, besorgt zu sein; man drängt in sie, sie anzunehmen der Militärpartei zu trennen, was sie nach langem Widerstande thun dürfte. Sie soll überhaupt sehr unglücklich und traurig sein und es sei, so erzählt man in Madrid, lediglich dieser Gemüthsstimmung zuzuschreiben, daß sie sich dazu herbeigelassen habe,

dem Kaiser der Franzosen endlich ein Stellbuchein zu geben.

Nach Pariser Berichten ist es entschieden, daß zwischen dem Kaiser, der Kaiserin von Frankreich und der Königin von Spanien in den spanischen Ländern zu Sarrauz gegen Ende August eine Zusammenkunft stattfindet.

Der Nachricht, daß sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland in letzter Zeit wieder gebessert hätten, widerspricht ein Pariser Bericht der „Presse“ und versichert, daß man in den Tuilerien vielmehr den lebhaften diplomatischen Verkehr, welcher seit einiger Zeit zwischen Petersburg und Washington stattfindet, mit Mißtrauen verfolge. Man glaubt, daß Rußland die vorbereiteten englisch-französischen Seemannöver bei der Regierung der Vereinigten Staaten verdächtigt habe. Ein diese Mittheilung corroborirendes Londoner Telegramm des „Fremdenblatt“ vom 12. d. meldet: Der amerikanische und russische Gesandte conferiren seit einiger Zeit sehr fleißig. Man bringt diese Besprechungen mit dem bevorstehenden englisch-französischen Flottenrendezvous in Verbindung. Der russische Gesandte Baron Brunow ist von St. Petersburg aus angewiesen worden, alle auf die westmächtlige Flottenzusammenkunft bezüglichen Schritte mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Auch hier ist das Mißtrauen gegen die russisch-amerikanische Haltung sehr groß. Dem „Botschafter“ wird aus London geschrieben: In London geht man in Betreff der ganzen Flottenaffaire, deren Inscenirung man, wie es heißt, in Downingstreet schon bereuen soll, sehr vorsichtig zu Werke, weil man noch immer fürchtet, daß man dieselbe jenseits des Oceans als eine Demonstration betrachten werde und auch die Eifersucht Rußlands nicht gern erwecken möchte, welches sich der ganzen Angelegenheit gegenüber mißtraulich zeigt und, wie man hört, den Plan, auch seine Flotte zu den Manövern zu senden, plötzlich fallen gelassen hat.

Der russische Botschaftsattaché Herr v. Balich, welchen das „Memorial diplomatique“ von seiner Regierung in demonstrativer Weise von Paris abberufen sein ließ, war nach der „G.-C.“ in Familienangelegenheiten auf einige Tage mit regelmäßigem Urlaub nach Wien gereist und ist bereits wieder auf seinem Posten eingetroffen.

Auf die neulich erwählte Depesche des amerikanischen Staatssecretärs Mr. Seward hat Lord J. Russell unterm 6. Juli geantwortet. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Vorbehalte und Erklärungen Englands von Seite der amerikanischen Regierung als unannehmbar betrachtet werden, und rechtfertigt dann in längerer Ausführung die Haltung und die Verfügungen der englischen Regierung. Diefelbe könne nimmermehr einräumen, daß Angesichts eines großen Krieges, welcher einen freundschaftlichen und nützlichen Handel vernichtete, ja eine große Zahl gewerbfleißiger Familien beider Nationen an den Betelstahl brachte und unter dem ein ganzes Festland zu leiden hatte, die Regierungen Englands und Frankreichs nicht gemeinsam hätten handeln sollen, wenn auch nicht in Folge eines förmlichen Engagements, so doch einer gegenseitigen Verständigung. Die englische Regierung freue sich jedoch zu finden, daß die Vereinigten Staaten nicht länger das mit dem Kriege verbundene Recht beanspruchten, britische Schiffe zu durchsuchen und daß die normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern factisch wieder in den Stand getreten seien, in welchem sie sich vor dem Bürgerkriege befanden.

Nach Berichten aus Paris hat sich England bereit erklärt, gemeinsam mit Frankreich gegen Madagaskar vorzugehen.

Kraukau, 15. Juli.

Reform und Fortschritt. Nicht so leicht dürfte sich eine Stadt finden, welche eine so regelmäßige Anlage hätte, so gerade, luftige Gassen, und so schöne, geräumige Plätze befäße, als unsere allehervordringende Stadt. Es war aber nicht immer rein und luftig und sind die Plätze nicht immer so geräumig gewesen. Es ist noch nicht lange her, als daß der große Ringplatz und der kleine Ring mit schmutzigen verfesteten und überlichsenden Holzbaraken voll gepflastert waren, so daß man sich in eine orientalische Stadt versetzt glaubte, wo die ganze Stadtbevölkerung in hölzernen Bänden die Wohnplätze aufzuschlagen pflegte. Man watet nicht mehr durch Pfäfen, in denen Enten und Gänse ihr Kurzweil trieben und das muntere Vorstienvieh sich kühlte, man fährt jetzt über ein glattes Granit- oder Porphyrt-Pflaster, bei guter Gasbeleuchtung, und die Fußgänger brauchen nicht zu fürchten, daß sie durch Irthümer verleitet, in eine offene Kloake gerathen. Moralische Mißpflügen gibt es wie überall noch genug von diesen ein anderes Mal. Doch wir reden hier von der inneren Stadt, in den

Vorfäden ist noch Vieles von dem Atehrwürdigen geblieben, inessen wir hoffen, daß auch dahin die reformatorische Hand des Magistrats eingreifen, bis im Inneren die Reform ganz durchgeführt sein wird; denn selbst da bleibt noch viel zu thun übrig, und man kann sagen paulatim magna petuntur.

Lange schon hörten wir, daß der Stephansplatz von den ecklichten und halbzerrfallenen Krambuden befreit werde, aber wir mußten lange warten und wir gaben uns schon dem Wahne hin, daß der Magistrat nicht den Muth und die Kraft habe, diesen Auggiasstall zu reinigen. Es war eine herkulische Arbeit und wir müßten mit großer Befriedigung sagen: Er hat es vollbracht. — Es ist da lichter und duftiger geworden und die Bewohner dieses schönen Platzes werden jetzt nicht mehr durch den ranzigen Geruch aus den Gariuafäden belästigt, sie können die reine Luft der Anlagen in vollen Zügen einathmen, ihre Ohren werden nicht mehr durch das heisere und freischende Gefläsch der Gekörner zerissen, es ist ihnen gestattet, den melodischen Gesang des Spottvogels und des Schwarzblättchens mit Lust anzuhören.

Nun bleibt noch der kleine Ring übrig. Zwar wurden vor nicht langer Zeit die Krämerstände von da beseitigt, allein es sollte dieses regelmäßige Plätzchen sich nicht lange dieser Wohlthat freuen, es wurde bald darauf mit dem Chor der Diktatorinnen bevölkert. Diese Population, meist im permanenten Schnapsdusel, lebt unter sich in einem ewigen Streit und Zank. Die zahlreichen Schänken in dieser Gegend sorgen dafür, daß kein Friede zwischen den kriegführenden Mächten abgeschlossen werde. Da hört man auch den ganzen Tag nichts als Zank und Geschrei. Schimpfungen und lästernden Flüche erschüttern die Luft, so oft der Schnaps den Kriegsmuth der Parteien entflammt. Doch dabei bleibt es nicht immer, es kommt häufig zum blutigen Angriff, wobei oft burleske Scenen und Attitüden zu sehen sind. Diese naturwüchsigere Arena ist für die umliegenden Bewohner nicht gerade unterhaltend, und keine Schule des Lebens für die Schul-Jugend bei St. Barbara. Paul de Kock würde für seine launigen Novellen, ein Hogarth redivivus für seine humoristischen Schildereien reichlichen Stoff dabelst finden.

Der Magistrat würde einen großen Fortschritt in der Reform unseres Marktwesens machen und sich den Dank aller den Markt besuchenden Frauen verdienen, wenn er an einem schönen Morgen diesen Chor von zügellosen Bachantinnen auseinander stäuben ließe und den Verkauf auf das geringste Maß herabdrücken würde.

Man würde dadurch mehrere wichtige Zwecke erreichen. Der Arbeitseure, dem Faulenzen und dem Müßiggange würde ein Damm gesetzt werden, es würden dem Wohlthätigkeitsvereine und dem Versorgungs- und Arbeitshan die die Candidatinnen entfallen, es würde die Möglichkeit vorhanden sein, daß die Bewohner Krakaus noch endlich einmal dahin gelangen würden, ihre Lebensmittel aus der ertien Hand kaufen zu können, es würde den heidnischen Scenen auf dem Markt ein Ende gemacht werden, und endlich wären die Pläze von diesen Troglodyten für immer gereinigt und „stephanisiert“. Um jedoch dieses edle Geschlecht der Verkäuferinnen nicht ganz aussterben zu lassen, wäre es ganz opportun, auch an sie die Hand der Reform anzulegen und sie in einer edleren Form der Nachwelt zu überliefern. Der Magistrat würde für diese Damen des Marktes kleine, niedliche Verkaufskuden in der Form einer Gremittage, einer kleinen Gloriette, eines zierlichen Tempels, eines Miniaturlokal anfertigen und solche auf den Stadtanlagen in gewissen Distanzen aufstellen lassen. Solche niedliche Häuschen könnten wahre Zierden unserer schönen Anlagen sein. Auf diese Weise von einander getrennt, würden die Verkäuferinnen sich mehr dem bescheidenen Leben ergeben, ihre Zungefertigkeit würde mit der Zeit die normale Geschwindigkeit erlangen und, da ihnen keine Gelegenheit zum Trinken und Zanken gegeben wäre, würden aus ihnen nach und nach ganz ordentliche „Damen der Halle“ werden.

Der Obst- und Viehwarenhandel würde soann an ganz brave Menschen übergehen, welche mit einem kleinen Capital ausgestattet, bessere Waare ankaufen und bei dem Handel auch eine bessere Existenz finden würden, weil ihre Zahl nicht unbegrenzt wäre. Gegenwärtig muß sich jeder bessere Mensch scheuen, sich mit diesem Erwerbswege zu befassen, weil er unter dem Chor der oben beschriebenen Damen seinen Platz einnehmen müßte, und dazu hat nicht Jedermann die Lust. Wird ja schon in manchen Spezerhandlungen, Obst und Grünzeug verkauft, warum sollten nicht ganz ordentliche Menschen mit diesem Handelszweig sich befassen können, wenn sie nur bessere Localitäten zum Verkauf finden würden. Die Stadtkommune würde, glauben wir, auch ihre Rechnung in Ansehung der Einkünfte finden.

Wie erinnern hierbei an die trefflichen Schilderungen dieser Seite des Volkslebens aus der Feder des dahingeshiedenen populären Schriftstellers W. Loigowski. Uebrigens dürfte das von dem Correspondenten entworfene Bild doch etwas grell aufgetragen sein und einer schon vergangenen Periode angehören.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der Ausschuss für die Prag-Rakonitz-Egerer Bahn hielt vorgestern Abends eine Sitzung. Abgeordneter Dr. Brestl erklärte, es scheine ihm auffallend, daß man von dem einen Theile der Bahn (von Eger bis Rakonitz) ein jährliches Erträgniß garantiere, während man rücksichtlich des anderen (von Rakonitz bis Prag) gar keine Subvention in Aussicht stelle. Der Ausschuss sagte über die Ausdehnung der Garantie keine Beschlüsse, sondern behielt sich vor, erst dann über dieselbe zu entscheiden, bis die Frage des Anschlusses dieser Bahn an die nach Annaberg geführte Rakonitz-Luznaer Trasse entschieden sein werde. Professor Herbst, Mitglied der beiden Ausschüsse, ward ersucht, in dem Rakonitz-Luznaer Bahn-Ausschuss für den Anchluss der erstgenannten Bahn an die letztere bei Rakonitz zu wirken. Auch der Ausschuss für die Rakonitz-Luzna-Comotauer Bahn hielt eine Sitzung. Abgeordneter Herbst stellte zu Artikel I. den Zusatzantrag: „Für den Fall des rechtzeitigen Zustandekommens der Eisenbahn von Prag über Rakonitz nach Eger sind die Concessionäre verpflichtet, den Anschluss an diese Eisenbahn bei der Station Rakonitz oder Luzna zu bewirken.“ Dieser Zusatz wurde angenommen. Artikel II. und III. wurden hierauf unverändert nach der Regierungsvorlage, Artikel IV., V. in der vom Abgeordnetenhaus bei der Kaschau-Dorberger Bahn angenommenen Fassung, Artikel VI. wieder nach der Regierungsvorlage genehmigt.

Wie die „Drd. Post“ vernimmt, werden in einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses abermals neue Eisenbahn-Gesetzesvorlagen an daselbst gelangen und zwar betreffend die Eisenbahn Lemburg-Brady-Tarnopol und die Eisenbahn Numburg-Warndorf mit dem Anschluss an die Turnau-Kraluper Eisenbahn. Für die letztere concurriren zwei Consortien, welche keine Zinsengarantie beanspruchen.

Die gemischte Budget-Commission ist gestern Morgens 10 Uhr zu einer zweiten Sitzung zusammengetreten. Von Seite des Ministeriums war niemand anwesend. Fürst Carlos Auerberg wohnte als Zuhörer den Verhandlungen bei.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet Montag den 17. Juli statt.

während man rücksichtlich des anderen (von Rakonitz bis Prag) gar keine Subvention in Aussicht stelle. Der Ausschuss sagte über die Ausdehnung der Garantie keine Beschlüsse, sondern behielt sich vor, erst dann über dieselbe zu entscheiden, bis die Frage des Anschlusses dieser Bahn an die nach Annaberg geführte Rakonitz-Luznaer Trasse entschieden sein werde. Professor Herbst, Mitglied der beiden Ausschüsse, ward ersucht, in dem Rakonitz-Luznaer Bahn-Ausschuss für den Anchluss der erstgenannten Bahn an die letztere bei Rakonitz zu wirken. Auch der Ausschuss für die Rakonitz-Luzna-Comotauer Bahn hielt eine Sitzung. Abgeordneter Herbst stellte zu Artikel I. den Zusatzantrag: „Für den Fall des rechtzeitigen Zustandekommens der Eisenbahn von Prag über Rakonitz nach Eger sind die Concessionäre verpflichtet, den Anschluss an diese Eisenbahn bei der Station Rakonitz oder Luzna zu bewirken.“ Dieser Zusatz wurde angenommen. Artikel II. und III. wurden hierauf unverändert nach der Regierungsvorlage, Artikel IV., V. in der vom Abgeordnetenhaus bei der Kaschau-Dorberger Bahn angenommenen Fassung, Artikel VI. wieder nach der Regierungsvorlage genehmigt.

Wie die „Drd. Post“ vernimmt, werden in einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses abermals neue Eisenbahn-Gesetzesvorlagen an daselbst gelangen und zwar betreffend die Eisenbahn Lemburg-Brady-Tarnopol und die Eisenbahn Numburg-Warndorf mit dem Anschluss an die Turnau-Kraluper Eisenbahn. Für die letztere concurriren zwei Consortien, welche keine Zinsengarantie beanspruchen.

Die gemischte Budget-Commission ist gestern Morgens 10 Uhr zu einer zweiten Sitzung zusammengetreten. Von Seite des Ministeriums war niemand anwesend. Fürst Carlos Auerberg wohnte als Zuhörer den Verhandlungen bei.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet Montag den 17. Juli statt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Juli.

Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge Heinrich Ernst und Sigismund und werden erst nach Schluss des Reichsrathes zum Sommeraufenthalte abreisen.

Prinz Charles Napoleon Bonaparte verläßt heute Wien.

Des Grafen N. Belcredi Ankunft in Wien wird nicht vor dem künftigen Monat entgegengesehen. Ueber das Befinden Sr. Excellenz des Herrn FM. Freiherrn v. Sch. erzählt die „Wiener Abendpost“, daß die Nacht sehr ruhig verlief und der verehrte Patient durch mehrere Stunden erquickenden Schlaf genoß. Auch der Stand der Wundflüche am Hinterhaupte und der Constrictionen an den Extremitäten ist befriedigend. Sene gequichteten Stellen der Gliedmaßen, an denen nicht gleichzeitige Hautabschürfung stattgefunden hat, sind bereits frei von jedem Schmerze. Die Verletzung am Hinterhaupte, wo außer einem schnittähnlichen Einschnitte in die allgemeinen Bedeckungen in Folge der Querschlag Bluterguss unter der Haut vorhanden ist, gibt ebenfalls zu keinen ersten Besorgnissen Anlass. Das Aussehen der Wundstelle ist normal und das Allgemeinbefinden befriedigend. Dem letzten Bulletin (vom 14.) zufolge, war die Nacht ruhig, das übrige Befinden ist in der Besserung begriffen.

An dem Begräbnis des Professor Nahl haben sich der Staatsminister Schmerling, Postkanzler Majath, Kanzler Lewinsky, der Arzndirector, hohe Militärs, alle Künstler, der Journalistenverein Concordia, viele Damen und ein immenses Publicum trotz des Unwetters betheiligt. Der Leiche Nahl's hat die Ehrtache ergeben, daß alle edleren Theile von Fett überwudet waren.

Dem mährischen Landeshistoriographen Hrn. Dr. Beda Dudik wurde, wie die „Brüner Neuigkeiten“ melden, vom Staatsministerium der Auftrag, sämtliche Archive des Kaiserstaates zu durchforschen, um wegen einer Reform des Archivwesens der Monarchie Vorschläge zu machen.

Die croatischen-slavonischen Bischöfe, Cardinal Haulik an der Spitze, haben um Durchführung des Concordats in der Militärgränze angejucht.

Ueber den Stand der Cholera wird über Triest gemeldet: Aus Smyrna, 8. d., 8 Uhr Vormittags (angekommen am 11. d. 5 Uhr 33 Minuten Nachm.) wird telegraphirt: Die Passagiere des Lloyd dampfers „Erzherzogin Charlotte“ hielten theils am Bord, theils im Lazareth 10 Tage Contumaz ab. Seit dem letzten Fall haben sich mehrere Cholerafälle mit tödtlichem Ausgang in der Stadt gezeigt. — Aus Constantinopel, 11. d., 2 Uhr 41 Minuten Nachmittags wird telegraphirt: Seitern und vorzestern ereigneten sich mehrere Cholerafälle in 3 Vorstädten mit tödtlichem Ausgang. — Aus Alexandrien, 11. d., 4 Uhr 30 Minuten Nachmittags wird telegraphirt: Hier sind an der Cholera gestorben am 9. 91, am 10. 64, heute 55. In Cairo am 9. 389, am 10. 347, heute 252.

Die zu der Nordsee-Gescadre gehörige und in Gestein stationirte gewesene Panzersfregatte „Kaiser Mar“ der österreichischen Kriegsmarine ist gegen Ende des Monats Juni l. J. nach Pola zurückbeordert und nach ihrer Ankunft in die einjähige Seebereitschaft versetzt worden. Als Commandant verblieb auf diesem Schiffe einweilen der Linienschiffs-Lieutenant Ludwig Hassenpflug. Von der ehemaligen Nordsee-Gescadre, wie sie während und nach dem schleswig-holsteinischen Feldzuge bestand, bleibt sonach nur noch die Propellercorvette „Erzherzog Friedrich“ in den nordischen Gewässern stationirt.

Deutschland.

In der Sitzung der württembergischen Kammer der Abgeordneten vom 11. d. kam die Frage

wegen Erhöhung der Apanage des Herzogs Wilhelm von Württemberg (General im österreichischen Dienst) zur Verhandlung. Der Herzog, welcher einige Tage nach der Publication des neuen königlichen Hausgesetzes vom 8. Juni 1828 geboren ist, bezog nach diesem Gesetze seit seiner Volljährigkeit nur eine Apanage von 5000 Fl. jährlich. Die Regierung brachte eine Nachforderung von 8000 Fl. ein, um dieselbe für die Zukunft auf 13.000 Fl. zu erhöhen und es dem Herzog möglich zu machen, sich standesgemäß zu verhalten. Die Commission und die Kammer erkannte den ritterlichen Charakter, die hohe Tapferkeit und die großen Verdienste des Fürsten an, der auf den Schlachtfeldern von Novara, Solferino und Denezsee sich mit Ruhm bedeckt hatte; selbst die Gegner verfuhrer nicht zu befreiten, daß diese rühmlichen Thaten des edlen Herzogs für die Sache Deutschlands vollführt wurden und nicht bloß dem Fürstenhause, dem er entstammt, sondern dem württembergischen Manne überhaupt zur Ehre gereichen. Dennoch beantragte schon in der Commission eine Minderheit, demselben eine Erhöhung seiner Apanage nicht zu bewilligen, während die Mehrheit sie auf 10.000 Fl. jährlich beschränken wollte. Im Laufe der Debatte stellte Freiherr von Güttingen den Antrag auf Bewilligung der ganzen Regierungsforderung. Minister von Arnhäuser erklärte, daß das Recht des Herrn Herzogs auf eine höhere Apanage zwar zweifelhaft sei, daß dieser selbst aber gegen sein Vaterland nicht proceßiren wolle, sondern die Entscheidung dem Billigkeitsgefühl dieses Hauses überlasse. Nach 3/4stündiger Debatte, in welcher nur der Abg. Hepp den hohen Verdiensten des Prinzen kein Wort der Anerkennung zollte, wurde der Antrag der Minderheit auf Ablehnung jeder Erhöhung mit 39 gegen 38 Stimmen abgelehnt, es wäre also nahe daran gewesen, daß diese Kammer, die dem Lande Tausende und wieder Tausende von Gulden durch ihr Verschleppungssystem unnötig kostet, demselben auch die Schmach angethan hätte, einen seiner edelsten Söhne schände hintanzulegen. Der Antrag des Freiherrn von Güttingen auf Bewilligung der vollen Regierungsforderung wurde mit 57 gegen 20 Stimmen gleichfalls abgelehnt, dagegen wurde der Antrag der Commissionmehrheit auf Erhöhung der Apanage des Prinzen für die Dauer seiner Lebenszeit auf jährliche 10.000 Fl. mit 41 gegen 35 Stimmen angenommen.

Das Comité zum Abgeordnetentest hat, außer dem Protest gegen das Verbot, in der „Königlichen Zeitung“ eine öffentliche Einladung zu dem am 22. d. M. abzuhaltenden Feste erlassen und das Programm beigefügt. Das Publicum glaubt, daß es keinen gesetzlichen Vorwand gebe, um die Abhaltung des Festes auf Dampfbooten im freien Rheine zu hindern.

Das „Danziger D.“ vom 12. d. meldet: Das Widderschiff „Cheops“, welches nach vollendeter Reparatur noch eine Probefahrt auf der Niede gemacht hat, ist von dem französischen Capitän Platter an die königliche Werft gelegt, zur Uebergabe an die königliche Marine, sobald hierzu Weisung von Berlin eintrifft. Die Fahrzeugschwindigkeit soll die contractlich bedingene annähernd erreicht haben.

Der Berliner Publicist schreibt: „Die Vermuthung mehrerer Blätter, daß Herr Twisten und Herr Gneist die beiden Abgeordneten seien, gegen welche eine gerichtliche Untersuchung auf Grund des Art. 84 der Verfassungsurkunde eingeleitet werde, ist, wie wir hören, bezüglich des Professor Gneist eine irrige. Wohl aber scheint die Staatsanwaltschaft gegen Herrn Twisten Material zu einer Anklage zu besitzen und zu verwenden.“

Paris, 12. Juli. Des Kaisers Abreise nach Plombieres ist auf den 15. verschoben worden. Vier Garde-Bataillone sind für den Dienst in Fontainebleau über Marseille eingetroffen. — Die R. i. e. des Prinzen Napoleon nach Kamtschatka wird demittirt.

Pariser Correspondenzen melden, daß der Kaiser Napoleon am 16. August in Cherbourg eintreffen werde, um den dort stattfindenden Festlichkeiten durch seine Gegenwart einen größeren Glanz zu verleihen.

Schweiz.

Ueber die seitberigen Sitzungen der eidgenössischen Rätthe war nicht viel Bemerkenswerthes zu berichten. Anders verhält es sich mit der Sitzung des Nationalrathes vom 10. d., in der die erste Verhandlung der Bundesverfassungsrevisionsfrage stattfand. Die Frage, ob sofort auf die bezügliche Votchaft des Bundesrathes einzutreten oder vorher eine Commission zu wählen sei, welche in einer zu diesem Zweck einzuberufenden außerordentlichen Session der Bundesversammlung über dieselbe Bericht erstatten soll, veranlaßte eine Debatte von nicht weniger als 6 Stunden, welche mit der Annahme des letztern Antrags endete. Die zu wählende Commission wird aus 15 Mitgliedern bestehen. Wenn die außerordentliche Session, in der sie ihren Bericht vorlegen wird, einzuberufen ist, ward noch nicht bestimmt. Hofmann v. St. Gallen hielt einen langen Vortrag gegen jede Revision und schloß mit einem Antrage auf Tagesordnung, erhielt mit diesem Antrage aber nur fünf Stimmen, woraus jedoch noch nicht zu schließen ist, daß der Nationalrath von großer Revisionslust befeßt sei. Daß dem nicht so ist, beweist, daß ein von J. Stämpfli von Bern gestellter Antrag, man solle behufs Formulirung bestimmter Anträge und Desiderate, welche der Commission als Fingerzeig dienen sollten, eine Vorberatung eröffnen, ebenfalls in großer Minderheit blieb. Der Ständerath genehmigte am 10. d. die Ausdehnung der Handelsverträge mit Frankreich auf Algerien und die anderen überseeischen französischen Colonien.

Spanien.

Die „Esperanza“ von Madrid meldet, daß die neue Regierung getreu ihrem Programm, in kürzester Frist die Ablösung (amortissement) der Kir-

wengüter bewerkstelligen werde, ohne sich durch Hindernisse, die sich ihr entgegenstellen dürften, aufhalten zu lassen.

Italien.

Aus Cosenza wird gemeldet, daß der Deputirte Gallucci, der bekanntlich kürzlich von Briganten gefangen wurde, wieder freigelassen ist. Auch die mit ihm Gefangenen, Avocat Cavaleri und Richter Savini, befinden sich wieder auf freiem Fuße.

Rußland.

Das zu Kiew erscheinende Blatt „Kiewlanin“ bringt die Mittheilung, daß daselbst eine geheime Gesellschaft entdeckt worden ist, die sich im Jahre 1861 gebildet und sich seitdem weit verbreitet hatte. Sie verfügte über Capitalien, Bibliotheken und andere Hilfsquellen. Vorläufig hatte sie ins Auge gefaßt, die Ukraine, Polynien und Podolien zu polonisiren und für den Uebertritt zum Katholicismus vorzubereiten.

Am 24. v. ist im Dorf Lanigty im Gostynier Kreise eine für 46.708 S.-R. versicherte Zuckerrabrik sammt zur Fabrik gehörigen Apparaten, die für 38.000 S.-R. versichert waren, abgebrannt.

Bezüglich der von der russischen Regierung ausgeschriebenen Recrutirung in Polen wird der „Sch. Z.“ geschrieben, daß die Aushebung, dieselbe soll wie erwähnt, in der Zeit vom 6. Novbr. bis 7. December stattfinden, nach den Bestimmungen des betreffenden Ukases sich auf 15.000 Mann beausen wird.

Eine Zusammenstellung der Staatsunterstützungen an solche Familien, deren Ernährer von den Insurgenten getödtet, und an solche Personen, welche wegen ihrer Treue gegen die russische Regierung während des Aufstandes verstümmelt oder beschädigt worden sind, ergibt nach der „D. Z.“ auf Grund der vom „Dziennik Warsz.“ veröffentlichten Listen folgendes Resultat: Die erste und zweite Liste umfassen 358 resp. 83, mithin zusammen 441 Familien, welche fortlaufende jährliche Unterstüzungen im Betrage von 50, 100, 150 und 200 S.-R. erhalten. Die dritte Liste umfaßt 276 weniger bedürftige Familien, denen einmalige Unterstüzung in denselben Beträgen gewährt sind. Die Zahl sämmtlicher unterstützter Familien beträgt mithin 717; darunter befinden sich 132 deutsche und 30 jüdische. Die vierte Liste umfaßt 13 Personen beiderlei Geschlechts, denen wegen körperlicher Verwundung in Folge gegen sie verübter Mordversuche laufende jährliche Unterstüzungen in Beträgen von 50, 75, 100, 150 S.-R. gewährt werden. Die fünfte und sechste Liste führen 27 resp. 43, mithin zusammen 70 weniger bedürftige Personen beiderlei Geschlechts auf, welche aus denselben Gründe einmalige Unterstüzungen in denselben Beträgen erhalten haben. Die Zahl sämmtlicher unterstützter einzelner Personen beträgt mithin 83; darunter sind 12 Deutsche und 3 Juden.

Der Grenzcorrespondent der „Dfseztg.“ meldet in einem Berichte, für dessen Zuverlässigkeit uns bis jetzt weitere Stützen fehlen, Folgendes: In Lithauen sind seit Mitte v. M. zahlreiche polnische Gutsbesitzer verhaftet und zur Criminaluntersuchung gezogen worden, welche beschuldigt sind, die vielen Brände, welche im verfloffenen Frühjahr so große Verheerungen in Lithauen angerichtet und ganze Dörfer und Städte in Asche gelegt haben, theils selbst, theils durch gedungene Brandstifter angelegt zu haben. Die Zahl der Verhafteten wird auf nahe an 20 angegeben. Unter ihnen befindet sich der reiche Gutsbesitzer und kaiserliche Kammerherr Gwynski und eine Frau Wyszomierska. Die Untersuchung wird in Wilna geführt. Gegen die Verhafteten sind bereits zahlreiche Zeugen vernommen, welche eidlich ausgesagt haben, daß sie gesehen, wie die Verhafteten selbst Feuer angelegt oder andere dazu beredet haben und zwar aus Rache gegen die Bauern, welche ihnen das Land weggenommen und ihnen keine Freiheiten mehr ließen, und gegen die ihnen früher inepflichtigen Stände. Gegen die Gutsbesitzerin Wyszomierska ist ein Knecht als Zeuge aufgetreten, welcher eidlich ausgesagt hat, daß sie ihm 3 Rubel angeboten und ihn beredet habe, ein ihr früher als Eigenthum gehöriges Städtchen anzuzünden; er habe aber dies verbrederische Anerbieten zurückgewiesen und dennoch sei das Städtchen angezündet worden und größtentheils in Flammen aufgegangen.

Wie ein Telegramm der „B. Z.“ aus St. Petersburg, 12. Juli, meldet, hat Mittags ein furchtbar wüthender Orkan im Newskyhafen unter den Schiffen und Getreidevorräthen große Verwüstungen angerichtet.

Es wird ein Wort des Fürsten Gortschakow erzählt, das er gesprochen haben soll, als der französische Votschafter jüngst den Auftrag hatte, nochmals die Harmlosigkeit der englisch-französischen Glotten-Manöver in ihr „richtiges“ Licht zu setzen. Ich darf sagen, erklärte der Fürst mit eigenthümlicher Betonung, daß wir die Manöver sonst nicht lieben; diese aber verprechen so interessant zu werden, daß wir ihnen sehr aufmerksam zusehen werden.

Auf Grund der allerhöchste bestätigten Verordnungen des russischen Staatsrathes ist die Befreiung von der körperlichen Züchtung ausgedehnt worden: auf Personen, die obwohl sie den Gurs der Gymnasialstudien nicht beendigt, aber vom Gymnasium oder anderen mittleren Lehrinstituten nach Uebergang in die vierte Classe ein rühmliches Zeugnis über den Fortschritt in den Studien und gute Sitten erhalten haben; ferner auf in Diensten stehende oder davon befreite Druckereiarbeiter der Synode, die vom geistlichen Stande stammen und auf deren Kinder.

Türkei.

Briefe aus Aleppo melden, daß Emir Pascha daselbst mit seinem kleinen Expeditionscorps eingerückt ist. Der Feldzug in Ghaur-Dagh hatte einen friedlichen Verlauf, da sich der Kurdenhäuptling Halil-Agha, welcher aus dem Gefängnis von Adrianopel entsprungen war, folglich bestraft werden mußte, loyal unterworfen hat, um bei nächster Gelegenheit, wie er es zu thun pflegt, sich neuerdings zu empören. Ein Theil der Beduinen, die sich der Regierung unterworfen hatten, ist in das Innere der Wüste abgezogen.

